

Liebscher/Flohr/Petsche/Metzlaff
Handbuch EU-Gruppenfreistellungsverordnungen

Handbuch EU-Gruppenfreistellungs- verordnungen

Herausgegeben von

Dr. Christoph Liebscher

Rechtsanwalt in Wien

Prof. Dr. Eckhard Flohr

Rechtsanwalt in Düsseldorf/Kitzbühel

Dr. Dr. Alexander Petsche

Rechtsanwalt in Wien

Prof. Dr. Karsten Metzlaff

Rechtsanwalt in Berlin

Bearbeitet von

Dr. Günter Bauer LL.M., Rechtsanwalt in Wien; *Sarah Blazek*, Rechtsanwältin in München; *Dr. Nils Bremer*, Rechtsanwalt in München; *Prof. Dr. Eckhard Flohr*, Rechtsanwalt in Düsseldorf/Kitzbühel; *Ole Hinrichs*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Marc Lager*, Rechtsanwalt in Wien; *Nina Lenhard*, Rechtsanwältin in Wien; *Prof. Dr. Karsten Metzlaff*, Rechtsanwalt in Berlin; *Dr. Bastian Müller*, Rechtsanwalt in Brüssel/Hamburg; *Dr. Dr. Alexander Petsche*, Rechtsanwalt in Wien; *Dr. Alexander Rinne*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Gerhard Saria*, Ass.-Prof. an der Universität Wien und Visiting Professor an der Masaryk-Universität in Brunn; *Christoph Schlenger*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Prof. Dr. Daniela Seeliger*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Dr. Till Steinvorth* Rechtsanwalt in Hamburg und *Andreas Traugott*, Rechtsanwalt in Wien

3. Auflage 2023


C.H. BECK

MANZ 

www.beck.de

ISBN 978 3 406 78002 8 (C.H.Beck)

ISBN 978 3 214 02467 3 (Manz)

© 2023 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH

Chrimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau

Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(Hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Lagen zwischen dem Erscheinen der 1. und 2. Auflage 9 Jahre, so sind nunmehr 11 Jahre bis zur 3. Auflage verstrichen. Dies nicht deswegen, weil sich keine Neuerungen im EU-Kartellrecht ergaben, sondern weil sich die Diskussion um die neue EU-Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vertriebsbindungen (EU-VO 720/2022) sehr lange hingezogen hat. Der Startschuss für die 3. Auflage war erst gegeben, nachdem die neue EU-Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vertriebsbindungen vorlag.

Ein weiterer Grund liegt auch darin, dass im Herausgeberkreis beschlossen wurde, die 3. Auflage grundsätzlich neu zu gestalten. Die jetzt vorliegende Auflage unterscheidet sich grundsätzlich von den beiden vorangegangenen Auflagen, sowohl inhaltlich als auch im Aufbau.

Diese neue Strukturierung haben wir vor allem auch Prof. Dr. Karsten Metzlaß zu verdanken, der als neuer vierter Herausgeber hinzugekommen ist. Dieser hat die Entwicklung der 3. Auflage maßgeblich beeinflusst und dankenswerterweise auch das Kapitel zur neuen Vertikal-GVO verfasst.

Wir haben gerade auf die neue EU-Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vertriebsbindungen so großen Wert gelegt, weil diese sich als eine Leitlinie für die Gestaltung von Vertriebsverträgen innerhalb der EU entwickelt hat. Für den Praktiker, der zu diesem Handbuch greift, ist besonders wichtig, auch praktische Vorschläge für die Gestaltung von Vertriebsverträgen zu erhalten.

In der 3. Auflage haben wir die Darstellung der schon längst nicht mehr gültigen EU-Gruppenfreistellungsverordnung für Franchise-Vereinbarungen beibehalten. Sie hat immer noch grundsätzliche Bedeutung, sowohl für die Beratung als auch für die Vertragsgestaltung im Franchise-Recht.

Die Herausgeber bedanken sich bei Herrn Rechtsanwalt Dr. Thomas Schäfer und Frau Rechtsanwältin Barbara Schmid. Ohne deren Mithilfe und die des Beck-Verlages wäre die 3. Auflage nicht in so kurzer Zeit zu realisieren gewesen. Dank gebührt natürlich auch unseren Autoren, welche den ambitionierten Zeitplan mitgetragen haben.

Düsseldorf/Hamburg/Kitzbüchel/Wien im Juni 2023

Die Herausgeber

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Dr. Günter Bauer	§ 16
Sarah Blazek	§ 19
Dr. Nils Bremer	§§ 2, 3
Prof. Dr. Eckhard Flohr	§§ 11, 15
Ole Hinrichs	§ 14
Marc Lager	§ 4
Nina Lenhard	§ 10
Prof. Dr. Karsten Metzlaff	§§ 9, 13
Dr. Bastian Müller	§ 12
Dr. Dr. Alexander Petsche	§ 10
Dr. Alexander Rinne	§§ 2, 3
Dr. Gerhard Saria	§§ 1, 5, 6, 7, 8
Christoph Schlenger	§ 14
Prof. Dr. Daniela Seeliger	§ 17
Dr. Till Steinvorth	§§ 20, 21
Andreas Traugott	§ 18

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Grundlagen des EU-Kartellrechts	1
§ 1 Rechtliche Grundlagen des EU-Wettbewerbsrechts	1
A. Zu den mit diesem Kapitel verfolgten Zielen	4
B. Die rechtlichen Grundlagen des EU-Wettbewerbsrechts	5
I. Das System des unverfälschten Wettbewerbs innerhalb des Binnenmarkts	5
II. Grundsätzliches zu den Art. 101 ff. AEUV	6
1. Zur Bedeutung der Beihilferegeln für die Gruppenfreistellungsverordnungen	6
2. Die materiell-rechtlichen Bestimmungen der EU-Wettbewerbsregeln für Unternehmen	8
3. Die kompetenzrechtlichen Bestimmungen des Abschnittes 1	13
4. Das Verhältnis der Bestimmungen des Abschnittes 1 zueinander	15
C. Die wesentlichen Inhalte des Art. 101 AEUV	24
I. Der Anwendungsbereich des Art. 101 AEUV und der Gruppenfreistellungsverordnungen	25
1. Der räumliche Anwendungsbereich	25
2. Der persönliche Anwendungsbereich	27
3. Der sachliche Anwendungsbereich	28
4. Der zeitliche Anwendungsbereich	29
II. Tatbestand und Rechtsfolgen des Art. 101 AEUV	29
1. Das Verbotprinzip des Art. 101 Abs. 1 AEUV	29
2. Rechtsfolgen	33
D. Ausnahmen vom Verbotprinzip	34
I. Ausnahmen aufgrund von Anwendungsbereich und Tatbestand	34
II. Die Freistellung vom Kartellverbot	35
1. Die materiell-rechtlichen Voraussetzungen einer Freistellung	35
2. Die Arten der Freistellung und der Freistellungsverordnungen	38
3. Wirkungen der Freistellung	39
§ 2 Bagatellbekanntmachung	41
A. Einleitung	41
B. Anwendungsbereich der Bagatellbekanntmachung	42
I. Quantifizierung der Spürbarkeit	44
II. Marktanteilsschwellen	44
1. Relevante Marktanteilshöhe	44
2. Unterscheidung in Vereinbarungen zwischen Wettbewerbern und Nicht-Wettbewerbern	45
3. Marktanteilsschwelle für Netze gleicher Vereinbarungen	46
III. Keine bezweckte Wettbewerbsbeschränkung	46
C. Rechtsfolgen	48
I. Selbstbindung der Kommission	48
II. Bindung der nationalen Gerichte und Wettbewerbsbehörden durch die Bagatellbekanntmachung	48
§ 3 Bekanntmachung über die Definition des relevanten Marktes	50
A. Einleitung	50

B. Grundsätze und Bedeutung	52
I. Flexibilität der Beurteilung	52
II. Wettbewerbskräfte	52
1. Nachfragesubstituierbarkeit	53
2. Angebotssubstituierbarkeit	54
3. Potentieller Wettbewerb	55
C. Sachliche Kriterien und Vorgehensweise der Kommission	55
I. Sachlich relevanter Markt	55
1. Definition	55
2. Sachliche Kriterien	56
3. Erhebung der Nachweise	57
II. Räumlich relevanter Markt	58
1. Definition	58
2. Sachliche Kriterien	58
3. Erhebung der Nachweise	58
D. Marktanteile	59
§ 4 Das Verhältnis der Kommission zu den nationalen Kartellbehörden und den Gerichten	60
A. Einleitung	60
B. Entscheidungsbefugnisse nationaler Kartellbehörden	60
C. Zuständigkeit der Gerichte der Mitgliedstaaten	63
D. Entzugsverfahren durch Kommission und nationale Behörden	64
I. Allgemeines	64
II. Besondere Anforderungen an die Zuständigkeit nationaler Wettbewerbsbehörden	64
E. Rechtsfolgen und Rechtsschutz	66
I. Entscheidungen der Kommission	66
II. Entscheidungen der nationalen Behörden	66
F. Kollisionsfragen	67
2. Teil. Grundlagen der Gruppenfreistellungsverordnungen	69
§ 5 Die Gruppenfreistellungsverordnungen	69
A. Ein „Allgemeiner Teil“ des Rechts der Gruppenfreistellungsverordnungen ..	69
B. Die Rechtsnatur der Gruppenfreistellungsverordnungen im System der Legalausnahme	70
C. Zweck und Funktion der Gruppenfreistellungsverordnungen	72
D. Arten und Regelungstechnik der Gruppenfreistellungsverordnungen	74
E. Die Auslegung von Gruppenfreistellungsverordnungen	77
F. Die Ausstrahlungswirkung von Gruppenfreistellungsverordnungen auf Art. 101 Abs. 3 AEUV	84
G. Die Bedeutung von Leitlinien und sonstigen Bekanntmachungen der Kommission für das Verständnis von Gruppenfreistellungsverordnungen	88
§ 6 Das Verhältnis der Gruppenfreistellungsverordnungen zueinander	92
A. Grundsätzliches zum Verhältnis der Gruppenfreistellungsverordnungen zueinander	93
I. Der bisherige Streitstand	93
II. Inhaltliche Voraussetzungen für die gleichzeitige Anwendbarkeit mehrerer Gruppenfreistellungsverordnungen	94
B. Die Beziehungen der Gruppenfreistellungsverordnungen zueinander	97
I. Ratsunmittelbare Gruppenfreistellungsverordnungen und Ermächtigungsverordnungen	97
1. Die Beziehungen der beiden Arten von Verordnungen zueinander ..	98

2. Das Verhältnis der beiden Verordnungsarten zu den von der Kommission erlassenen Gruppenfreistellungsverordnungen	100
II. Zum Verhältnis der von der Kommission erlassenen Gruppenfreistellungsverordnungen zueinander	101
1. Grundsätzliches zur Problemstellung	101
2. Regelungen in den Gruppenfreistellungsverordnungen	102
3. Kombination von Freistellungsvoraussetzungen?	106
4. Zur kumulativen Anwendbarkeit von Gruppenfreistellungsverordnungen	108
5. Rechtsfolgen bei kumulativer Anwendung mehrerer Gruppenfreistellungsverordnungen	110
§ 7 Das Verhältnis der Gruppenfreistellungsverordnungen zu Art. 102 AEUV und zur EU-Fusionskontrolle	115
A. Das Verhältnis der Gruppenfreistellungsverordnungen zu Art. 102 AEUV ..	115
I. Grundsätzliches zum Verhältnis dieser Normen zueinander	115
1. Der bisherige Meinungsstand	115
2. Würdigung und eigener dogmatischer Ansatz	117
3. Keine kumulative Anwendung im Einzelfall?	120
II. Zu den bisher erörterten Konstellationen	122
1. Möglichkeit zur Freistellung bei Marktbeherrschung	122
2. Missbrauch und Freistellung	124
3. Sofortige Sanktionierung nach Art. 102 AEUV	126
B. Das Verhältnis der Gruppenfreistellungsverordnungen zur EU-Fusionskontrolle	127
I. Die Fusionskontrolle nach den Art. 101 und 102 AEUV	128
1. Die Fusionskontrolle nach Art. 101 AEUV	128
2. Die Fusionskontrolle nach Art. 102 AEUV	129
II. Die Fusionskontrolle nach der FKVO	129
1. Das Verhältnis der Gruppenfreistellungsverordnungen zur FKVO bei Fehlen von Berührungspunkten	129
2. Zur Anwendbarkeit von Gruppenfreistellungsverordnungen auf Zusammenschlüsse	130
3. Anwendbarkeit von Gruppenfreistellungsverordnungen bei Zusammenschlüssen?	131
4. Sonstige Berührungspunkte zwischen Gruppenfreistellungsverordnungen und der FKVO	133
5. Allfällige Regelungen in den Gruppenfreistellungsverordnungen ...	134
§ 8 Das Verhältnis der unionsrechtlichen Gruppenfreistellungsverordnungen zum nationalen Kartellrecht	136
A. Problemstellung	136
B. Überschneidende Anwendungsbereiche von nationalem und europäischem Kartellrecht als Voraussetzung für das Auftreten der Problematik	137
I. Der räumliche Anwendungsbereich	137
II. Persönlicher Anwendungsbereich	138
III. Zeitlicher Anwendungsbereich	138
IV. Sachlicher Anwendungsbereich	139
1. Grundsätzliches zum sachlichen Anwendungsbereich	139
2. Einschränkung des sachlichen Anwendungsbereichs durch die Tatbestands Elemente des Art. 101 Abs. 1 AEUV	139
C. Die Vorrangregel des Art. 3 VO (EG) Nr. 1/2003	140
I. Allgemeines zur Bedeutung des Art. 3 VO (EG) Nr. 1/2003 für die vorliegende Problematik	140

II. Die Tatbestandselemente des Art. 3 Abs. 2 Satz 1 VO (EG) Nr. 1/2003	141
III. Einzelfragen der Einbeziehung von Gruppenfreistellungsverordnungen in den Tatbestand des Art. 3 Abs. 2 Satz 1 VO (EG) Nr. 1/2003	142
IV. Rechtsfolgen des Art. 3 Abs. 2 Satz 1 VO (EG) Nr. 1/2003	143
D. Der Vorrang strengeren europäischen Kartellrechts	144
E. Der Entzug des Rechtsvorteils der Gruppenfreistellung nach Art. 29 VO (EG) Nr. 1/2003	145
F. Die Übernahme unionsrechtlicher Gruppenfreistellungsverordnungen in na- tionales Recht	146
I. Die entsprechende Geltung unionsrechtlicher Gruppenfreistellungsverordnungen nach § 2 Abs. 2 GWB	146
II. Die Verweislösung nach § 3 öKartG	148
3. Teil. Die vertikalen Vereinbarungen	151
§ 9 GVO für Vertikale Vereinbarungen – VO (EU) 2022/720	151
A. Einleitung	154
B. Art. 1 – Definitionen	155
I. Vertikale Vereinbarung, Art. 1 Abs. 1 lit. a Vertikal-GVO	155
1. Vereinbarung oder abgestimmte Verhaltensweise	156
2. Zwei oder mehr Unternehmen	156
3. Vertikalverhältnis	156
4. Bezug- oder Vertrieb von Waren oder Dienstleistungen	157
II. Vertikale Beschränkung, Art. 1 Abs. 1 lit. b Vertikal-GVO	158
III. Wettbewerber, Art. 1 Abs. 1 lit. c Vertikal-GVO	158
IV. Anbieter, Art. 1 Abs. 1 lit. d Vertikal-GVO	159
V. Online-Vermittlungsdienste, Art. 1 Abs. 1 lit. e Vertikal-GVO	159
VI. Wettbewerbsverbot, Art. 1 Abs. 1 lit. f Vertikal-GVO	160
VII. Selektive Vertriebssysteme, Art. 1 Abs. 1 lit. g Vertikal-GVO	160
VIII. Alleinvertriebssysteme, Art. 1 Abs. 1 lit. h Vertikal-GVO	161
IX. Rechte des geistigen Eigentums, Art. 1 Abs. 1 lit. i Vertikal-GVO	162
X. Know-how, Art. 1 Abs. 1 lit. j Vertikal-GVO	163
1. Geheimes Know-how	163
2. Wesentliches Know-how	163
3. Identifiziertes Know-how	163
4. Bedeutung für die Vertikal-GVO	164
XI. Abnehmer, Art. 1 Abs. 1 lit. k Vertikal-GVO	164
XII. Aktiver Verkauf, Art. 1 Abs. 1 lit. l Vertikal-GVO	164
XIII. Passiver Verkauf, Art. 1 Abs. 1 lit. m Vertikal-GVO	165
XIV. Verbundene Unternehmen, Art. 1 Abs. 2 Vertikal-GVO	166
C. Art. 2 – Anwendungsbereich der Vertikal-GVO	166
I. Sachlicher Anwendungsbereich (Art. 2 Abs. 1 Vertikal-GVO)	166
II. Anwendbarkeit auf Unternehmensvereinigungen, Art. 2 Abs. 2 Vertikal-GVO	167
1. Begriff der Unternehmensvereinigung, Art. 2 Abs. 2 Vertikal GVO	167
2. Berechnung der Umsatzschwelle, Art. 9 Vertikal-GVO	168
3. Horizontale Vereinbarungen einer Unternehmensvereinigung	168
III. Anwendbarkeit auf Rechte des geistigen Eigentums, Art. 2 Abs. 3 Vertikal-GVO	168
1. Rechte des geistigen Eigentums	169
2. Kein Hauptgegenstand der vertikalen Vereinbarung	169
3. Nebenabrede zu Vertriebs- oder Bezugsvereinbarung	169
4. Übertragung oder Nutzung von Rechten	170
5. Keine Kernbeschränkungen	170

IV. Anwendbarkeit auf Vereinbarungen mit Wettbewerbern, Art. 2 Abs. 4 bis 6 Vertikal-GVO	170
1. Freistellung der Dualdistribution Art. 2 Abs. 4 S. 2 Vertikal GVO ..	171
2. Ausnahme Informationsaustausch, Art. 2 Abs. 5 Vertikal GVO	171
3. Online-Vermittlungsdienste mit Hybridstellung, Art. 2 Abs. 6 Vertikal-GVO	174
V. Verhältnis zu anderen Gruppenfreistellungsverordnungen, Art. 2 Abs. 7 Vertikal-GVO	175
1. Abgrenzung zur KFZ-GVO	175
2. Abgrenzung zur Technologietransfer-GVO	175
3. Abgrenzung zur Spezialisierungs-GVO und die Forschungs- und Entwicklungs-GVO	176
VI. Zeitlicher Anwendungsbereich	176
D. Art. 3 – Marktanteilsschwelle	176
I. Doppelte Marktanteilsschwelle	176
II. Berechnung der Marktanteile, Art. 8 Vertikal-GVO	178
III. Übergangszeitraum, Art. 8 lit. d Vertikal-GVO	178
E. Art. 4 – Kernbeschränkungen	179
I. Vorbemerkungen	179
II. Preisbeschränkungen, Art. 4 lit. a Vertikal-GVO	180
1. Unmittelbare Preisbindung	181
2. Mittelbare Preisbindung	181
3. Höchstpreise und Preisempfehlungen	182
4. Zulässige Preisbindungen aufgrund Effizienzen	183
5. Preisüberwachungssoftware	184
6. Erfüllungsverträge	184
III. Alleinvertrieb, Art. 4 lit. b Vertikal-GVO	185
1. Exklusiv zugewiesenes oder vorbehaltenes Gebiet/Kundengruppe ..	185
2. Schutz vor aktivem Verkauf	188
3. Verbot und Rückausnahmen	188
4. Behandlung von Alleinvertrieb außerhalb der Vertikal-GVO	192
IV. Selektiver Vertrieb, Art. 4 lit. c Vertikal-GVO	192
1. Gebiets- oder Kundengruppenbeschränkungen, Art. 4 lit. c Ziff. i Vertikal-GVO	192
2. Querlieferungen, Art. 4 lit. c Ziff. ii Vertikal-GVO	194
3. EndverbraucherGeschäfte, Art. 4 lit. c Ziff. iii Vertikal-GVO	195
V. Freier Vertrieb, Art. 4 lit. d Vertikal-GVO	196
1. Beschränkung des aktiven Verkaufs, Art. 4 lit. d Ziff. i Vertikal-GVO	197
2. Beschränkungen des Verkaufs an unautorisierte Händler in selektiven Vertriebsgebieten, Art. 4 lit. d Ziff. ii Vertikal-GVO	197
3. Beschränkungen des Niederlassungsorts, Art. 4 lit. d Ziff. iii Vertikal-GVO	197
4. Verkauf an Endverbraucher durch Großhändler, Art. 4 lit. d Ziff. iv Vertikal-GVO	198
5. Weiterverkauf an Konkurrenten des Anbieters, Art. 4 lit. d v) Vertikal-GVO	198
VI. Bereits nicht unter Art. 101 Abs. 1 AEUV fallende Beschränkungen ..	199
VII. Verhinderung der effektiven Nutzung des Internets, Art. 4 lit. e Vertikal-GVO	199
VIII. Wettbewerbsbeschränkungen für Lieferanten, Art. 4 lit. f Vertikal-GVO	200

F. Art. 5 – Nicht freigestellte Beschränkungen	200
I. Einleitung	200
II. Wettbewerbsverbote, Art. 5 Abs. 1 lit. a Vertikal-GVO	201
III. Nachvertragliche Herstellungs-, Bezugs- und Vertriebsverbote, Art. 5 Abs. 1 lit. b Vertikal-GVO	203
IV. Verkaufsverbote in selektiven Vertriebssystemen, Art. 5 Abs. 1 lit. c Vertikal-GVO	204
V. Paritätsverpflichtungen, Art. 5 Abs. 1 lit. d Vertikal-GVO	205
G. Art. 6 – Entzug des Rechtsvorteils im Einzelfall	206
I. Einleitung	206
II. Kommissionsentscheidung, Art. 6 Abs. 1 Vertikal-GVO iVm Art. 29 Abs. 1 KartellVO	207
III. Entscheidung durch nationale Wettbewerbsbehörden, Art. 6 Abs. 1 Vertikal-GVO iVm Art. 29 Abs. 2 KartellVO	208
H. Art. 7 – Nichtanwendung dieser Verordnung	208
I. Art. 8 – Anwendung der Marktanteilsschwelle	209
J. Art. 9 – Anwendung der Umsatzschwelle	209
K. Art. 10 – Übergangszeitraum	209
L. Art. 11 – Geltungsdauer	209
M. Exkurs Franchising	210
I. Einleitung	210
II. Selektiver Vertrieb oder Alleinvertrieb?	211
1. Franchisesysteme als Alleinvertrieb	212
2. Franchisesysteme als selektive Vertriebssysteme	212
III. Franchise und Know-how Schutz	212
IV. Anwendbarkeit der Vertikal-GVO auf Franchising	213
1. Unterschiedliche Ebene der Produktions- oder Vertriebskette	213
2. Geistige Eigentumsrechte	213
V. Marktanteilsschwelle	214
VI. Kernbeschränkungen	215
VII. Wettbewerbsverbote	215
VIII. Behandlung von Franchisevereinbarungen außerhalb der Vertikal-GVO	216
§ 10 Selektiver Vertrieb (Verordnung (EU) 2022/720)	217
A. Allgemeines	219
I. Beurteilungsrahmen	219
II. Begriff	220
III. Praktische Bedeutung	221
IV. Wettbewerbsbeschränkende Wirkungen	221
B. Beurteilung nach Art. 101 Abs. 1 AEUV	222
I. Offenes selektives Vertriebssystem	223
II. Die einfache Fachhandelsbindung	223
III. Produkteigenschaften	224
1. Technisch hochwertige und hochentwickelte Produkte	224
2. Luxusgüter	225
3. Presseerzeugnisse	225
4. Sachliche Rechtfertigung	226
IV. Selektionskriterien	226
1. Qualitativ selektiver Vertrieb	226
2. Quantitative Selektion ist hingegen regelmäßig tatbestandsmäßig nach Art. 101 Abs. 1 AEUV, kann jedoch gruppenfreigestellt sein ..	227
3. Handhabung der Selektionskriterien	227
4. Zulassungserfordernis	227

5. Fachliche Eignung	228
6. Sachliche Ausstattung	228
7. Form des Verkaufs	229
8. Lagerhaltungs-, Sortimentsführungs- und Mindestabnahmepflichten	229
V. Inhaltsbindungen hinsichtlich des Zweitvertrages	230
VI. Vertriebsbindungen	230
1. Sprunglieferungen	231
2. Quer- und Rücklieferungen	231
3. Reimportverbote aus Drittländern	231
4. Belieferungsanspruch eines ausgeschlossenen Händlers	232
C. Vertikal-GVO	232
I. Anwendung auf selektive Vertriebssysteme	232
II. Beschränkung des Verkaufs an Endverbraucher und zugelassene Händler	233
1. Die Definition des selektiven Vertriebssystems	233
2. Freistellung der Auswahlkriterien	233
3. Einheitliche Festlegung	234
4. Reichweite der Freistellung	234
5. Regelung des Wettbewerbs auf der Vertriebsstufe	235
6. Gebietsweise Kombination mit anderen Vertriebsformen	236
III. Kernbeschränkungen	236
1. Preisbindung	237
2. Beschränkungen des Gebiets oder des Kundenkreises	237
3. Verkauf an Endverbraucher	238
4. Internetvertrieb	239
5. Querlieferungen	240
6. Sprunglieferungen	241
7. Vertriebsbindungen	241
8. Beschränkungen hinsichtlich des Ersatzteilgeschäfts	241
IV. Nicht freigestellte Vertragsbestandteile	243
1. Wettbewerbsverbote	243
2. Kombination mit Alleinbezugsverpflichtungen	243
3. Ausschluss von Marken bestimmter konkurrierender Lieferanten ...	244
4. Nachvertragliche Wettbewerbsverbote	245
V. Entzug der Gruppenfreistellung für selektive Vertriebssysteme	245
1. Allgemeine Voraussetzungen	245
2. Kumulative Effekte	246
3. Erforderlichkeit aufgrund der Produkteigenschaften	248
VI. Vorrang der Vertikal-GVO vor nationalem Kartellrecht	249
VII. Kein Erfordernis der Lückenlosigkeit	250
VIII. Kontrollmaßnahmen	251
§ 11 Franchise-Vereinbarungen	252
A. Entstehungsgeschichte der EU-Gruppenfreistellungsverordnung für Fran- chise-Vereinbarungen	254
I. Rechtslage vor der Pronuptia-Entscheidung des EuGH	254
1. Pronuptia-Entscheidung des EuGH	255
2. Einzelfreistellungen der EU-Kommission	256
II. EU-Gruppenfreistellungsverordnung für Franchise-Vereinbarungen ...	259
1. Historie der Franchise-GVO	259
2. Franchise-Verträge und Art. 101 AEUV	259
3. Die Struktur der Franchise-GVO	260
4. Regelungsziel der Franchise-GVO	261

5. Verhältnis der Franchise-GVO zu anderen Gruppenfreistellungsverordnungen	262
6. Verhältnis EU-Recht/Nationales Recht	263
7. Anwendungsbereich der Franchise-GVO	263
B. Franchise-GVO	265
I. Regelungen der Franchise-GVO	265
1. Überblick	265
2. Gegenstand der Freistellung (Art. 1 Franchise-GVO)	265
3. Freigestellte Verpflichtungen (Art. 2 Franchise-GVO)	272
4. Verpflichtungen des Franchise-Nehmers	274
5. Verpflichtungen des Haupt-Franchise-Nehmers (Art. 2 lit. b Franchise-GVO)	275
6. Vertragliches Wettbewerbsverbot (Art. 2 lit. e Franchise-GVO)	275
7. Weiße Klauseln (Art. 3 Franchise-GVO)	276
8. Freistellungsvoraussetzungen (Art. 4 Franchise-GVO)	294
9. Schwarze Klauseln (Art. 5 Franchise-GVO)	298
10. Preisbindungsverbot (Art. 5 lit. e Franchise-GVO)	301
11. Nichtangriffsklausel (Art. 5 lit. f Franchise-GVO)	303
12. Belieferungsverbot aus Wohnsitzgründen (Art. 5 lit. g Franchise-GVO)	303
13. Widerspruchsverfahren (Art. 6 und 7 Franchise-GVO)	304
14. Entzug der Gruppenfreistellung (Art. 8 Franchise-GVO)	305
II. Inkrafttreten und zeitliche Geltung der Verordnung (Art. 9 Franchise-GVO)	308
C. Bedeutung der Franchise-GVO	308
§ 12 Der Handelsvertretervertrieb	310
A. Überblick	311
I. Grundlagen	312
1. Handelsvertreter im Handelsrecht	312
2. Handelsvertreter im Kartellrecht	313
II. Rechtsprechung	316
1. Unionsgerichte	316
2. Bundesgerichtshof	318
III. Vertikal-Leitlinien der Kommission	319
IV. Bedeutung der Eingliederung	321
B. Abgrenzung: Echter und unechter Handelsvertreter	322
I. Rechtliche Kriterien und Weisungstreue	323
II. (Nicht) relevante Risiken und Indizien	324
1. Nicht relevante Risiken	325
2. Vertragsspezifische Risiken	327
3. Marktspezifische Investitionen und verkaufsfördernde Maßnahmen	331
4. Risiken in Verbindung mit anderen Tätigkeiten auf demselben Markt	337
5. Eigentümerstellung und eigene Leistungserbringung	338
III. Aspekte bei der Risikobetrachtung	339
1. Prüfungsreihenfolge	339
2. Gewichtung der relevanten Risiken	339
3. Umfang zulässiger Risikotragung durch den echten Handelsvertreter	339
4. (Pauschale) Abgeltung relevanter Risiken	342

C. Reichweite des Handelsvertreterprivilegs und Beurteilung von Vereinbarun- gen in Handelsvertreterverträgen	343
I. Produktmarkt-Beschränkungen	343
1. Echte Handelsvertretung	343
2. Unechte Handelsvertretung	345
II. Vermittlungsmarkt-Beschränkungen	345
III. Kollusives Verhalten	346
D. Einzelfragen	347
I. Mehrfirmenvertretung	347
II. Doppelprägung	348
III. Online-Handelsplattformen	349
IV. Totalverbot und Beschränkungen des Internetvertriebs	350
V. Nachträgliche Umstellung auf echte Handelsvertretung	351
§ 13 Der Internet-Vertrieb	354
A. Überblick	355
B. Die Entwicklung der Rechtsprechung	355
C. Abgrenzung aktiver/passiver Internetvertrieb	357
I. Passiver Vertrieb	357
II. Aktiver Vertrieb	357
D. Grundsatz des effektiven Internetvertriebs	358
I. Kernbeschränkungen nach Art. 4 lit. e Vertikal-GVO	359
1. Totalverbot des Internetvertriebs	359
2. Mittelbare Beeinträchtigungen der effektiven Nutzung des Internets	361
II. Zulässige Anforderungen an Online-Verkäufe	364
III. Förderung von stationären Verkaufslokalen	365
1. Brick-and-mortar-store-Klausel	365
2. Mindest-Offline-Verkäufe für stationäres Lokal	366
3. Pflicht zu Ausstellungsräumen	366
4. Fixprämie	366
IV. Grundsätzlich freistellungsfähige Einschränkungen	366
1. Doppelpreissysteme	366
2. Plattformverbote	367
3. Online-Werbung	367
E. Online-Handelsplattformen	368
I. Einstufung als Handelsvertreter	368
II. Einstufung als Online-Vermittlungsdienst	369
1. Einfache Online-Plattformen	370
2. Hybride Online-Plattformen	371
§ 14 Kfz-Vertrieb (Verordnung Nr. 461/2010)	372
I. Entwicklung der Kfz-Gruppenfreistellungsverordnungen bis zur Verordnung Nr. 461/10	373
1. Merkmale des Kfz-Vertriebs in Europa	373
2. Europarechtlicher Rahmen für Vertrieb und Kundendienst	374
II. Ziele der Verordnung Nr. 461/2010	380
III. Regelungen der Freistellung im Einzelnen	380
1. Geltungsbereich	380
2. Allgemeine Voraussetzungen der Freistellung	382
3. Kernbeschränkungen	384
4. Weggefallene Bestimmungen	386
5. Code of Conduct	386
6. Sonstige Regelungen	389

IV. Weitere Problemkreise	390
1. Markenbezogene Abgrenzung der Markanteile auf dem Kfz-Anschlussmarkt	390
2. Anforderungen an Qualitätskriterien	391
3. Gewährleistungen	391
4. Zugang zum Werkstattnetz	392
§ 15 Zulieferbekanntmachung	393
A. Einleitung	393
B. Zulieferbekanntmachung	394
I. Vorbemerkung	394
II. Bedeutung der Pronuptia-Entscheidung des EuGH	395
III. Anwendungsbereich der Zulieferbekanntmachung	395
C. Zivilrechtliche Fragen	396
I. Begriff des Zuliefervertrages	396
II. Zuliefervertrag als Dauerschuldverhältnis	397
III. Zuliefervertrag als typengemischter Vertrag	397
IV. Kontrahierungs- bzw. Lieferpflichten	397
V. Immanenz von Wettbewerbsbeschränkungen	398
D. Kartellrechtliche Beurteilung	398
I. Zulieferverträge und Kartellverbot des Art. 101 I AEUV	398
II. Freistellung der Wettbewerbsbeschränkungen von der Zulieferbekanntmachung	399
III. Weitergehende Verpflichtungen	399
IV. Zulässige Vertragsklauseln	400
V. Zulässige weitere Beschränkungen	401
VI. Unzulässige Vertragsklauseln	402
VII. Keine Zulieferverträge im Sinne der EU-Zulieferbekanntmachung	402
VIII. Zusätzlich abgeschlossener Lizenzvertrag	403
E. Richtlinie für Vertragsgestaltung	403
F. Änderungen durch die neue Vertikal-GVO	403
§ 16 Technologietransfer (Verordnung (EU) 2023/1066	404
A. Einleitung	405
I. Allgemeines	405
II. Entstehungsgeschichte	407
III. Änderungen in der TT-GVO 316/2014 gegenüber der Vorgänger-TT-GVO 2004	409
IV. Grundzüge der TT-GVO 2014	412
1. Bestimmungen	412
2. Technologietransfer-Leitlinien der Kommission.	413
B. Geltungsbereich	414
I. Sachlicher Geltungsbereich	414
1. Technologietransfer-Vereinbarung.	414
2. Vereinbarung zwischen zwei Unternehmen.	416
3. Ermöglichung der Produktion von Vertragsprodukten.	417
II. Räumlicher Geltungsbereich	419
III. Zeitlicher Geltungsbereich	420
IV. Abgrenzung zu anderen GVO	421
1. VO (EU) 2023/1067 (Spezialisierungs-GVO)	421
2. VO (EU) 2023/1066 (FuE-GVO).	421
3. VO (EU) Nr. 720/2022 (Vertikal-GVO)	422

C. Marktanteilsschwellen (Art. 3 und Art. 8 TT-GVO)	423
I. Vereinbarungen zwischen Unternehmen	423
1. Wettbewerbsverhältnis auf dem Technologiemarkt	424
2. Wettbewerbsverhältnis auf dem Produktmarkt	424
3. Situation ohne die Vereinbarung als relevanter Vergleichsmaßstab ..	425
4. Sperrpositionen	425
5. Grundlegende Innovationen	426
II. Marktanteilsschwellen	426
1. Anwendung der Marktanteilsschwellen	426
2. Marktanteilsberechnung auf dem Produktmarkt	427
3. Marktanteilsberechnung auf dem Technologiemarkt	427
D. Kernbeschränkungen (Art. 4 TT-GVO)	429
I. Zwischen konkurrierenden Unternehmen	429
1. Preisbindungen	429
2. Output-Beschränkungen	431
3. Markt- und Kundenaufteilungen	431
4. Beschränkungen bezüglich eigener Technologie und FuE	436
II. Kernbeschränkungen	437
1. Preisbindungen	437
2. Gebiets- und Kundenbeschränkungen	438
3. Verkaufsbeschränkungen an Endverbraucher	440
III. Entstehen eines Wettbewerbsverhältnisses nach Abschluss der Vereinbarung	440
E. Nicht freigestellte Beschränkungen (Art. 5 TT-GVO)	441
I. Rücklizenzierungs- und Rückübertragungsverpflichtungen des Lizenznehmers	441
II. Nichtangriffsverpflichtungen	443
III. Beschränkungen bezüglich eigener Technologie und FuE	444
F. Entzug der Freistellung	445
I. Entzug der Freistellung im Einzelfall	445
II. Nichtanwendung der TT-GVO	447
4. Teil. Die horizontalen Vereinbarungen	449
§ 17 Spezialisierungsvereinbarungen (Verordnung (EU) 2023/1067)	449
A. Überblick über die Spezialisierungs-GVO	450
I. Bisherige Gruppenfreistellungsverordnungen	450
II. Die neue Gruppenfreistellungsverordnung 2023	452
B. Anwendung der Horizontal-Leitlinien auf Produktionsvereinbarungen	453
I. Anwendungsbereich der Horizontal-Leitlinien	454
1. Vereinbarungen zwischen Wettbewerbern und Nicht- Wettbewerbern	454
2. Zuliefervereinbarungen	455
3. Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture)	456
4. Entwicklung, Einkauf und Vermarktung der Produkte	456
5. Stilllegungsvereinbarungen	457
II. Vereinbarungen über gemeinsame Nutzung von Mobilinfrastruktur ...	457
C. Voraussetzungen des Art. 101 Abs. 1 AEUV	458
I. Reihenfolge der Prüfung	458
II. Vereinbarungen, die den Wettbewerb nicht beschränken	459
III. Grundlegende kartellrechtliche Bedenken von Produktionsvereinbarungen	460
IV. Die Tatbestandselemente des Art. 101 Abs. 1 AEUV	462
1. Wettbewerbsbeschränkung	462

2. Spürbarkeit	466
3. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	466
D. Anwendungsbereich der Spezialisierungs-GVO	467
I. Einseitige Spezialisierung	468
II. Gegenseitige Spezialisierung	471
III. Gemeinsame Produktion	472
IV. Nebenbestimmungen	475
1. Übertragung oder Lizenzierung von Rechten des geistigen Eigentums	475
2. Ausschließliche Bezugs- und Lieferverpflichtungen	475
3. Gemeinsamer Vertrieb	476
4. Andere Nebenbestimmungen	477
V. Abgrenzung zu anderen Vereinbarungen	478
E. Freistellungs Voraussetzungen nach der Spezialisierungs-GVO	480
I. Marktanteilsschwelle	480
1. Der relevante Markt	482
2. Ermittlung des Marktanteils	483
3. Steigerung des Marktanteils über 20 %	484
4. Vorsorge bei Vertragsschluss	484
II. Kernbeschränkungen	484
1. Festsetzung von Preisen	486
2. Produktions- und Absatzbeschränkung	487
3. Zuweisung von Märkten oder Kundengruppen	487
4. Salvatorische Klausel	488
III. Entzug der Freistellung	489
F. Einzelfreistellung gemäß Art. 101 Abs. 3 AEUV	490
I. Voraussetzungen	490
1. Effizienzgewinne	490
2. Weitergabe an die Verbraucher	491
3. Unerlässlichkeit	491
4. Keine Ausschaltung des Wettbewerbs	492
II. Verfahren	492
G. Übergangsfristen	493
§ 18 Forschung und Entwicklung (Verordnung (EU) 2023/1066)	494
A. Einleitung	495
B. Kartellrechtliche Beurteilungskriterien von Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen	496
C. Verhältnis zu anderen Gruppenfreistellungsverordnungen	497
I. TT-GVO (VO (EG) Nr. 316/2014)	497
II. Spezialisierungs-GVO (VO (EU) Nr. 2023/1067)	497
III. Vertikal-GVO (VO (EU) Nr. 2022/720)	498
D. Die Regelungen der FuE-GVO 2023	498
I. Grundlagen	498
1. Aufbau und Systematik	498
2. Grundbegriffe	499
II. Freigestellte Vereinbarungen	503
1. FuE Vereinbarungen	503
2. Auftragsforschung	504
3. Nebenabreden	505
III. Freistellungs Voraussetzungen	505
1. Regelungsgegenstand	505
2. Voraussetzungen im Einzelnen	505

IV. Freistellungsdauer und Marktanteilsschwellen	507
1. Allgemeines	507
2. Vereinbarungen zwischen nicht konkurrierenden Unternehmen ...	508
3. Vereinbarungen zwischen konkurrierenden Unternehmen	508
4. Ermittlung der Marktanteilsschwellen	508
V. Beschränkungen außerhalb des Anwendungsbereichs der FuE-GVO ..	510
1. Allgemeines	510
2. Kernbeschränkungen	510
3. Nicht freigestellte Beschränkungen	512
VI. Entzug des Rechtsvorteils in Einzelfällen	513
VII. Geltungsdauer der FuE-GVO 2023	513
§ 19 Einkaufsvereinbarungen	515
A. Zweck und Wirkungen von Einkaufsvereinbarungen im Rahmen einer Einkaufskooperation	515
I. Typisierung von Einkaufskooperationen	516
II. Gestaltung der Vereinbarung zwischen den Unternehmen der Einkaufskooperation	516
III. Zweck der Einkaufsvereinbarung	517
B. Kartellrechtliche Würdigung von Einkaufsvereinbarungen	517
I. Prüfungsmaßstab und Prüfungsreihenfolge	518
II. Bestimmung des relevanten Marktes	519
1. Sachlich relevanter Markt	519
2. Räumlich relevanter Markt	519
III. Horizontale Vereinbarungen	519
1. Prüfung der Vereinbarkeit mit Art. 101 Abs. 1 AEUV	519
IV. Vertikale Vereinbarungen	524
§ 20 Vermarktungsvereinbarungen	525
A. Einleitung	525
B. Abgrenzung zu anderen Formen der Zusammenarbeit	527
C. Allgemeine Kartellrechtliche Würdigung	528
I. Relevante Märkte	528
II. Bezweckte Wettbewerbsbeschränkungen	528
III. Bewirkte Wettbewerbsbeschränkungen	529
IV. Möglichkeit der Einzelfreistellung, Art. 101 Abs. 3 AEUV	530
D. Anwendungsfälle	532
I. Bieterkonsortien und Arbeitsgemeinschaften	532
1. Merkmale und Abgrenzung	532
2. Individuelle Leistungsfähigkeit der Mitglieder	533
3. Möglichkeit der Einzelfreistellung, Art. 101 Abs. 3 AEUV	536
4. Informationsaustausch bei Bieterkonsortien	536
II. Handels- und Vertriebsplattformen	537
III. Gemeinsame Vermarktung von Urheber- und anderen geistigen Eigentumsrechten	540
§ 21 Vereinbarungen über Normen	543
A. Einleitung	543
B. Allgemeine Kartellrechtliche Würdigung	545
I. Relevante Märkte	545
II. Bezweckte Wettbewerbsbeschränkungen	545
III. Bewirkte Wettbewerbsbeschränkungen	546
IV. Möglichkeit der Einzelfreistellung, Art. 101 Abs. 3 AEUV	550
C. Standardbedingungen	551